



Fiskalpaket? Sie predigen Wasser und trinken Wein

„Arm in Arm mit dem französischen Sozialisten François Hollande verfolgt der SPD-Vorsitzende Gabriel offenkundig nur ein Ziel: den Fiskalpaket aufzuschieben, aufzurweichen und am Ende scheitern zu lassen. Das ist verantwortungslos. Während der Fraktionsvorsitzende Steinmeier zumindest versucht, bei den Sozialdemokraten einen Rest an Verantwortungsbewusstsein zu erhalten, setzt Gabriel auf Parteipopulismus pur. Wie bei der Schuldenkönigin Kraft in NRW lautet sein Motto: Was interessiert mich die Zukunft unserer Kinder! Genau diese Haltung hat für die Schuldenkrise in Europa gesorgt.“
CDU-Pressemitteilung vom 28.03.2012.

„In Thüringen sind mehr als hundert Brücken gesperrt worden. Der Staat hatte kein Geld für die Reparatur. Der Grund ist so einfach wie hausgemacht: Die neue Schuldenbremse verpflichtet die Länder und den Bund zu großen Anstrengungen.“

Reinhard Müller, Fiskalpaket. Kulturrevolution Schuldenbremse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.03.2012.

Laut den Schuldenbremsern sei es „verantwortungsvoll“, Brücken nicht zu reparieren.

Hier predigen neoliberale Ideologen eine bankengerechte „Verantwortung“: Die CDU und ihr 2-Prozent-Koalitionspartner FDP sowie die Arbeitgeberverbänden setzen sich massiv dafür ein, mit dem Fiskalpaket die Kürzungspolitik auf Kosten der Bevölkerung auf ganz Europa auszudehnen. Damit in Griechenland die Löhne, Gehälter und Renten gekürzt sowie das öffentliche Eigentum privatisiert werden konnte und die finanzträchtigen Gläubiger politisch das Sagen haben, musste das Land unter Protektorat gestellt werden. Während Griechenland für die Auszahlung der „Hilfspakete“ zu einem solchen Sozial- und Demokratieabbau erpresst wird, wirken die französische und deutsche Regierung gleichzeitig dafür, dass die laufenden Rüstungsaufträge eingehalten werden. Von den Rettungsmilliarden hat die Bevölkerung also rein gar nichts. Sie fließen über den griechischen Staat direkt in den Hals der Gläubiger. Also nicht zuletzt an die Rüstungsindustrie und an die Deutsche Bank.

Wo die Bevölkerung dermaßen ausgeplündert wird und werden soll, kann sie schwerlich die „Konjunktur ankurbeln“. So bricht diese in Griechenland und mit ihr die Staatseinnahmen massiv ein. Mehr als jeder Fünfte ist mittlerweile arbeitslos, 28% der griechischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Weiterhin soll sich die Mehrheit für den Schuldendienst im Verzicht üben, um die Interessen der Reichsten zu bedienen, statt den vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum und die wissenschaftlich-technologischen Möglichkeiten für eine humane Entwicklung der Gesellschaft zu nutzen. (Die DAX-Aktionäre führen laut den Wirtschaftsprüfern von Ernst & Young im vergangenen Jahr wieder Rekordgewinne ein.)

Da diese Politik sich offensichtlich gegen die Bevölkerung richtet, ist sie mit dieser auch nicht zu machen. Fabriken, Behörden und Zeitungen werden in Griechenland besetzt, der Widerstand gegen die Kürzungspolitik, gegen das Diktat der Troika sowie der Finanzmärkte und für eine menschenwürdige Entwicklung der Gesellschaft werden alltäglich. Und laut aktueller Umfragen wollen bei den nächsten Wahlen über 42% der Bevölkerung Parteien wählen, die links von der sozialdemokratischen PASOK stehen. So wundert es nicht, dass sich angesichts der bald stattfindenden Parlamentswahlen u.a. Finanzminister Wolfgang Schäuble dafür einsetzt, diese zu verschieben: Ist die kapital- und finanzmarktkonforme Politik nicht mehr mit der bürgerlichen Demokratie durchzusetzen, soll sich dieser entledigt werden. Überall ist das solidarische Engagement für eine soziale Erneuerung der Demokratie, die Aufklärung gegen die Profiteure der Krise und der Einschränkung der Macht der großen privaten Konzerne die Alternative für eine sozial progressive und menschenwürdige Entwicklung sowie gegen die Drangsale im Alltag. So wird die Bevölkerung Souverän. Dafür lohnt es sich, zu lernen.

Aufgaben der Zeit können so bewältigt werden - neben der Finanzierung sicherer Brücken - die Realisierung einer echten Gesundheitsversorgung, eines am gesellschaftlichen Bedarf orientierten, öffentlichen Beschäftigungssektors, sowie Kultur und Bildung zur solidarischen und humanen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse - von allen für alle.

Wir wünschen in diesem Sinne allen einen guten Semesterstart..

Wer wir sind: Wir sind Sozialisten, Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe und der SPD und kämpfen in Hochschule, Partei und Gesellschaft für soziale Emanzipation, Frieden und menschenwürdige Lebensverhältnisse weltweit. Soziale Verbesserung beginnt mit dem Nein zur profit- und marktgetriebenen Politik. Unser nächstes Treffen findet diesen Dienstag, den 3. April, um 19:30 Uhr im Café Sandspur, Bachemer Str. 27, statt. Weitere Treffen findet ihr auf unserer Homepage.

www.wendepunkt.uni-koeln.de

jungesozialisten@yahoo.de